

Versammlungsfreiheit in der Innenstadt - aufgestoppt und eingekesselt!

Der schwarz-grüne Senat und die Polizeiführung haben am Samstag, den 20.12.2008 das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in der Innenstadt faktisch aufgehoben.

Die friedliche Demonstration von über 1.000 Menschen startete am Allende-Platz auf dem Campus der Universität Hamburg und zog über die Grindelallee zum Dammtor. Am Stephansplatz stoppte die Polizei den gesamten Demonstrationszug auf und setzte Schlagstöcke ein. Die Demonstration wurde eingekesselt und die VersammlungsteilnehmerInnen durften sich nicht in Richtung Innenstadt entfernen. Zur Begründung des polizeilichen Angriffs auf die Demonstration wurde von der Polizei angeführt, dass einzelne Teilnehmer verummumt seien. Ein Zugführer der Polizei erteilte gegenüber der Polizeikette sogar den Befehl die Schlagstöcke in Bauch- und Nierengegend einzusetzen. Wörtlich formulierte er: „Die MES schön tief einsetzen!“

Der Versammlungsleitung wurde mitgeteilt, dass die Polizeiführung ein Innenstadtverbot verhängt und eine neue Demonstrationsroute Richtung Schanzenviertel verfügt habe. Daraufhin entschlossen sich die VeranstalterInnen die Demonstration im Polizeikessel um 16.30 Uhr zu beenden.

Die Solidaritätskundgebung der Studierenden fand um 17.00 Uhr vor dem Griechischen Generalkonsulat am Gänsemarkt statt, zu der die Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS, REGENBOGEN Alternative Linke und der GEW Studierendengruppe aufgerufen hatten.

Zum Thema Polizeigewalt mit Todesfolgen gab es eine Live-Schaltung zu einer Korrespondentin nach Athen sowie einen Redebeitrag von Pastor Christian Arndt zum Tod von Achidi John in Hamburg und Laya Alama Condé in Bremen, die beide in der Bundesrepublik durch Brechmitteleinsätze starben. Auch hier gab es gewalttätige Polizeiübergriffe, insbesondere von Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten der Polizei, auf friedliche VersammlungsteilnehmerInnen.

„Es ist ein Skandal, dass die Polizei in Hamburg de facto ein Innenstadtverbot gegenüber einer insgesamt friedlichen Demonstration verfügt und mit dem aggressiven Aufstoppen und Einkesseln der Demonstration gegen das Kooperations- und Deeskalationsprinzip des Bundesverfassungsgerichts verstößt“, kritisiert Bela Rogalla, Anmelder und Versammlungsleiter der studentischen Kundgebung am Gänsemarkt.

Die Versammlungsbehörde hatte in den Kooperationsgesprächen mit den Veranstaltern zum ersten Mal seit Jahren mit dem Verbot der Versammlungen gedroht. Einen Tag vor der Demonstration erklärte Innensenator Ahlhaus gegenüber der Presse, dass er die Demonstration am liebsten verboten hätte, ihn aber das Grundgesetz daran hindere.

„Das zeigt die verfassungsfeindliche Grundeinstellung des Innensenators, der am liebsten auch die Bundeswehr im Inneren einsetzen würde. Es ist höchste Zeit, dass die Grundrechte in Hamburg geachtet und nicht politisch motiviert durch die Polizeiführung ausgehebelt werden“, sagt Bela Rogalla abschließend.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. 0170 288 65 07 zur Verfügung.